

## **Vom Nebeneinander-Wohnen zum Miteinander-Leben Statement aus Sicht einer Kommune**

**Birgit Zoerner, Dezernentin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport  
und Freizeit der Stadt Dortmund**

Meine sehr geehrte Damen und Herren,  
lieber Franz Müntefering!

erst einmal herzlichen Dank dafür, dass ich hier und heute der kommunalen Praxis berichten darf. Die Stadt Dortmund hat sich schon lange zu einer aktiven und zeitgemäßen Seniorenarbeit bekannt, und sie hat einen sehr hohen sozialpolitischen Stellenwert in Dortmund.

Mit einer präventiv ausgerichteten Seniorenpolitik besteht auf Dauer die Chance, dass angesichts des demografischen Wandels ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben, eine selbstständige Lebensführung bis ins hohe Alter ermöglicht werden kann. Wir haben in Dortmund 50 Begegnungszentren und ZWAR-Netzwerke in allen Stadtteilen. Wir haben einen Studiengang für Seniorinnen und Senioren an der Technischen Universität Dortmund. Wir haben die Ansiedlung des Forschungsinstituts für Gerontologie, das uns eine fruchtbare Zusammenarbeit ermöglicht. Wir haben kommunale Altenpläne und natürlich die traditionell enge Zusammenarbeit der Kommune mit den Wohlfahrtsverbänden, aber auch mit anderen Interessensvertretungen in der Stadt. Das sind für uns sichtbar gewordene Strukturen und lebendiger Ausdruck dafür, dass die Stadtgesellschaft solidarisch bei diesem Thema vorgehen und sich weiterentwickeln und vor allen Dingen dafür sorgen will, dass trotz aller Veränderungen, die wir ja ohne Zweifel haben, ältere Menschen auch einen aktiven Platz innerhalb der Stadtgesellschaft einnehmen können.

In einer Großstadt ist es schwer vorstellbar, dies zentral zu organisieren. Wir haben uns für dezentrale Strukturen entschieden. Zunächst haben wir festgestellt, dass wohnortnahe Anlauf- und Beratungsstellen fehlten und teilweise auch die örtlichen Netzwerkstrukturen, um bestimmte Dinge dezentral überhaupt organisieren zu können, um ältere Menschen, aber auch ihre Angehörigen bei Bedarf zu beraten oder für sie im Einzelfall auch passgenaue Unterstützungsangebote zu organisieren oder auch um wohnortnah bürgerschaftliches Engagement zu befördern und zu pflegen. Wir haben gesagt, wir brauchen vor Ort Kümmerer, denn ohne sie wird all dies in ei-

ner Großstadt nicht funktionieren können. Dortmund hat sich dann vor elf Jahren entschieden, ein Projekt zu starten, das mittlerweile zur Regelstruktur geworden ist: nämlich in allen zwölf Stadtbezirken Seniorenbüros einzurichten. Sie sind ein wohnortnahes Angebot, eine Anlauf- und Beratungsstelle, die wir von vornherein als Tandem konzipiert haben: die Stadt gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden. In jedem Büro gibt es immer einen Ansprechpartner, der von der Stadt kommt, und einen von einem Wohlfahrtsverband. Warum haben wir das gemacht? Wir haben gesagt, jeder hat bestimmte Kompetenzen. Die Stadt ist hinsichtlich Verwalten, und Administrieren und Auslegen von Vorschriften gut, die Wohlfahrtsverbände bringen eine Menge anderer Kompetenzen mit. Sie sind in den Stadtteilen vernetzt, sie organisieren das Ehrenamt, sie haben besondere Zugänge zu den Menschen, sie sehen Veränderungsbedarfe rechtzeitig. Wenn wir das zusammenführen, können wir eine Mannschaft zusammenstellen, die schlagkräftig genug ist, um große Herausforderungen zu stemmen, um die Strukturen für diese Aufgaben aufzubauen.

Ich möchte das mit ein paar Zahlen belegen: Zum Beispiel führen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Seniorenbüros pro Jahr ca. 10.000 persönliche Beratungsgespräche. In etwa 800 Kontakten werden komplexe Einzelfallhilfen organisiert. Dazu laden wir alle Institutionen an einen Tisch. Das Ziel in einer gemeinsamen Sitzung ist, am Ende alles zusammen zu haben, dass die Menschen, die beraten werden, mit einem Ergebnis, vielleicht sogar mit dem Bescheid in der Tasche nach Hause gehen können. Die Seniorenbüros koordinieren die Zusammenarbeit mit insgesamt etwa 700 Netzwerkpartnerinnen und –partner an zahlreichen runden Tischen zur Seniorenarbeit im Quartier. Es werden Fachveranstaltungen und Aktionstage durchgeführt. Das Thema Sicherheit ist ein ganz wesentliches Thema, daher gehört auch die örtliche Polizei mit an den runden Tisch. Sie nimmt Anregungen auf, die sie dann teilweise in den Quartieren gemeinsam, z.B. mit der Wohnungswirtschaft umsetzt.

Präventive Sozialarbeit ist schwer messbar, aber wir sind der festen Überzeugung, dass die sozialpolitische Wirkung dadurch zustande kommt, dass die Seniorenbüros in der Dortmunder Bevölkerung anerkannt sind und genutzt werden. Wir stellen auch fest, dass das Konzept ambulant vor stationär über eine solche Struktur wesentlich besser umzusetzen ist. So haben wir festgestellt, dass die Zusammenarbeit zwischen der Kommune und den Wohlfahrtsverbänden, wenn man es strukturiert angeht, wenn die Akteure offen und vertrauensvoll sind, wirklich sehr gewinnbringend

ist. Gemeinsames Ziel ist es, gute Ergebnisse sowohl auf der strategischen wie auf der operativen Ebene zu erzielen.

Wenn wir die Dortmunder Stadtgesellschaft betrachten, erkennen wir, dass sich durch die demografische Entwicklung sehr viel verändern wird. Die Gesellschaft altert insgesamt, weil der Anteil jüngerer Menschen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung weiter zurückgeht, während die Gruppe der älteren und sehr alten Menschen zahlenmäßig ansteigt. Die Tatsache, dass durch unterschiedliche Zuwanderungszusammenhänge viele junge Menschen zu uns kommen, ändert im Grunde nichts an diesem Bild. Wir haben eine immer größer werdende ethnische und kulturelle Vielfalt, traditionelle Haushalts- und Familienstrukturen gehen ebenfalls zurück. Das heißt, die gesamte Gesellschaft setzt sich neu zusammen. In Dortmund ist es so, nachdem uns jahrelang vorausgesagt wurde, wir würden schrumpfen, werden wir bis zum Jahre 2030 wahrscheinlich 605.000 Einwohner haben und dabei, muss man sagen, gerät die Anzahl älterer Menschen auch immer stärker in den Fokus. Zurzeit sind etwa 26 Prozent der Bevölkerung älter als 60 Jahre, die ganz bestimmte zusätzliche Bedarfe haben. Das ist eine Gruppe, die in den nächsten zehn Jahren noch einmal um etwa 9.000 Menschen anwachsen wird. Das ist, eine große Aufgabe. Wenn wir das alles schaffen wollen, eine gute Lebensqualität erhalten, und auch das einbeziehen, was die Menschen selbst von ihrem Leben erwarten und erhoffen, und pflegerische Versorgung sicherstellen, aus meiner Sicht der leichtere Teil der Übung, dann werden wir stark gefordert. Wir werden erhebliche Anpassungsprozesse für die private und öffentliche Infrastruktur vornehmen müssen.

Die Auswirkung des demografischen Wandels betrifft alle Politikfelder und auch die Gesamtheit der Bevölkerung und deswegen hat der Dortmunder Seniorenbeirat gemeinsam mit der Stadt vorgeschlagen, in den nächsten Jahren eine gesamtstädtische Demografiestrategie zu entwickeln. Wir wollen anfangen - zunächst mit dem Fokus auf die ältere Generation-, die Aufgabe zu präzisieren. Wir haben bis jetzt eigentlich eher die kommunale Altenhilfe und Pflegeplanung betrachtet, das wird aber nicht mehr ausreichen für die Zukunft. Wir haben uns jetzt zusammengefunden in ressortübergreifenden Arbeitsgruppen, damit wir aus allen Blickwinkeln quartiersbezogene Betrachtungen vornehmen können, der Wohn-, aber auch der Lebensbedingungen älterer Menschen. Man merkt schon, vom ersten Zusammentreffen bis zum Formen einer Mannschaft sind noch einige Schritte zu gehen. Eine Mannschaft ist am besten

so zusammengesetzt, dass jeder genau weiß, wo er seine Position hat und wo er besonders stark ist, wo er sich am besten einbringen kann. Aber für uns ist klar, wir werden bei sämtlichen weiteren Schritten vom Quartier her denken. Was heißt das konkret? Wir müssen die Strukturen und Bedarfe einer älter werdenden Stadtgesellschaft in Politik und Verwaltung ganzheitlich erfassen, bewerten und auch ganzheitlich entwickeln. Das heißt, Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Wohnungspolitik, aber auch Raumplanung, Stadtentwicklung und so weiter gemeinsam auf der Quartiers-ebene weiterzuentwickeln. Wir haben bei uns in der Stadt eine Lenkungsgruppe eingesetzt, die sich dem Thema widmet und unterschiedliche Themen aufgerufen hat, die wir verbindlich verarbeiten werden. Themen wie Wohnen im Alter, wie muss mein Wohnumfeld gestaltet sein, dass ich gut leben kann, Nahmobilität und Nahversorgung, Sicherheit und soziale Teilhabe. Wir haben uns bereits in diesem Jahr in mehreren Workshops zusammengefunden mit vielen Experten, Vertretern unterschiedlichster Organisationen, mit Dienstleistern, haben Daten betrachtet und Einschätzungen zusammengetragen. Zur Zeit wird die Phase der Bürgerbeteiligung vorbereitet, die im nächsten Jahr starten soll.

Das Programm des BMFSFJ ist angesprochen worden, die „Demografiewerkstatt Kommune“. Wir sind ausgewählt worden, in einem Zeitraum von fünf Jahren den demografischen Wandel vor Ort zu begleiten. Das passt hervorragend zu dem, was wir geplant haben, das versetzt uns jetzt in die Lage, uns noch mehr zu engagieren. Am Ende soll ein methodischer „Werkzeugkoffer“ entwickelt werden, den auch andere Kommunen anwenden können.

Eine Sache möchte ich an dieser Stelle noch ansprechen: Es geht darum, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu stärken. Wir werden auf kommunaler Ebene daran aktiv arbeiten. Das ist auch der richtige Weg, es so zu machen. Die gesetzliche Pflegeversicherung ist dabei ein wichtiger, aber eben nicht ausreichender Bestandteil der Instrumente, die wir dafür benötigen. Was wir brauchen, ist aus meiner Sicht eine spürbare ordnungs- und finanzpolitische Stärkung der sozialen Arbeit für ältere Menschen auf kommunaler Ebene. Im Moment ist es eine freiwillige Aufgabe und freiwillige Aufgaben können in Zeiten knapper Haushalte durchaus an den Rand gedrängt werden. Die von mir beschriebenen Strukturen in Dortmund gibt es sicherlich mehr oder weniger auch in anderen Kommunen der Bundesrepublik. Un-

sere Hoffnungen liegen auf einer entsprechenden Verbesserung mit dem Gesetzesvorhaben zum Dritten Pflegestärkungsgesetz. Ich kann in dem Gesetzentwurf nicht erkennen, dass die kommunale Kompetenz durch verbindliche Steuerungsinstrumente und eine entsprechende Finanzausstattung in der Alten- und Pflegeplanung grundlegend, und zwar bundesweit, gestärkt worden wäre, und ich denke, das muss sich dringend ändern. Denn das, was dort in dem Gesetz angesprochen worden ist, nämlich die modellhaften Initiativrechte für bessere Beratung und unverbindliche Mitsprache der Kommune, zum Beispiel bei der Einrichtung von Pflegestützpunkten in Zusammenarbeit mit den Pflegekassen und die Finanzierung, reichen nicht aus, um den unterschiedlichen Herausforderungen zu begegnen, die rund um das Thema demografischer Wandel auf uns zukommen werden. Wenn wir selbst eine wohnortnahe Versorgung planen und gestalten sollen, brauchen wir verbindliche gesetzliche Regelungen. Aus meiner Sicht führt daran nichts vorbei. Wir brauchen eine Diskussion darüber, was wir in diesem Land überhaupt gesetzlich absichern wollen. Wir hatten vor langer Zeit die Diskussion um die Förderung von Kindern, um das Recht auf den Kindergartenplatz. Das ist ausgeweitet worden und eine solche Diskussion brauchen wir aus meiner Sicht auch bezogen auf dieses Thema.

Ich begrüße es sehr, dass der Deutsche Seniorentag 2018 nach Nordrhein-Westfalen kommen wird und ich begrüße es noch mehr, dass er in Dortmund stattfinden wird. Damit möchte ich auch schließen und Sie ganz herzlich einladen, dann dabei zu sein. Herzlichen Dank.